

Antwort auf die Wahlprüfsteine der Landesarbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern des Landes Brandenburg

Hauptstadtregion

1. Wie werden Sie die zentrale Koordinierung und Steuerung der Metropolenregion Berlin Brandenburg sicherstellen (hinsichtlich wirtschaftspolitisch relevanter Strategien, Ansiedlungen, Wettbewerbsfähigkeit)? Welche Ziele haben Sie für die Zusammenarbeit mit Berlin?

DIE LINKE Brandenburg wird sich weiterhin für eine Stärkung der Zusammenarbeit im Metropolenraum Berlin-Brandenburg einsetzen. Auch wir sehen die Notwendigkeit, dass es weitere intensive Abstimmungen gerade auch bei den Fragen der verkehrlichen Anbindung, der Digitalisierung, der Sicherung von Fachkräften, der Wirtschaftsförderung, der Unternehmensansiedlung, der Energieversorgung usw. bedarf. Das von den IHK geforderte Metropolenraummanagement für die Hauptstadtregion könnte dabei eine wichtige institutionelle Rolle spielen. Beide Länder verfügen über eine große Schnittmenge bei Themen und Ausrichtung der Akteure. Diese gilt es, weiter zu bündeln. Ein gutes Beispiel dafür ist die gemeinsame innoBB, die eine wesentliche Säule der Wirtschaftspolitik beider Länder bildet. Gleichzeitig dürfen die ländlichen und periphereren Räume des Landes Brandenburg nicht vernachlässigt werden.

2. Mittelzentren haben wichtige Ankerfunktionen in der Fläche – was werden Sie für die Attraktivität der Innenstädte für Handel und Tourismus tun? Wird es mit Ihnen ein BID (Business Improvement District) - Gesetz geben?

Mit dem neuen LEP HR wollen wir Wachstum und Entwicklung im gesamten Land ermöglichen. Das Netz der Mittelzentren wird um die Städte Angermünde, Luckau, Blankenfelde-Mahlow und Hoppegarten (in Funktionsteilung mit Neuenhagen bei Berlin) ergänzt. Die Gewerbeentwicklung wird vom LEP HR nicht eingeschränkt. Gewerbeflächen können in allen Gemeinden ausgewiesen werden. Für alle Gemeinden wird Nahversorgung auch im großflächigen Einzelhandelsformat über 800 m² hinaus bis zu 1.500 m² ermöglicht.

Die Einrichtung von BIDs können ein Erfolg versprechendes städtebauliches Instrument zur Attraktivitätssteigerung, Stärkung und Revitalisierung von Innenstädten, Stadtteilzentren, Wohnquartieren und Gewerbezentren sein. Regelungen anderer Bundesländern für private Initiativen zur Stadtentwicklung und insbesondere für deren Finanzierung werden wir prüfen.

3.) Wie gestalten Sie die Energiewende in der Hauptstadtregion? Wie wollen Sie den Strukturwandel in der Lausitz gemeinsam mit der Region gestalten?

Dezentrale Energieerzeugung auf Basis erneuerbarer Energie schützt Klima und Natur, sichert und schafft Arbeitsplätze in Handwerk, Industrie und Forschung. Die Energieeffizienz, der Energieverbrauchs, energetische Umwandlungsverfahren und Langzeitspeicher sind elementare Säulen für das Gelingen der Energiewende. Die Lausitz wollen wir als Industrieregion erhalten. Der Ausbau von Infrastruktur, Forschung und Wissenschaft, Wirtschafts- und Innovationsförderung, die Stärkung der Zivilgesellschaft und andere weiche Standortfaktoren, wie beispielsweise die Kulturförderung und Willkommenskultur, sind für uns dabei wesentliche Bausteine und müssen landesseitig ausfinanziert werden. Die Einbeziehung gesellschaftlicher Akteur*innen aus der Region ist dabei dringend geboten. Die Maßnahmen aus dem Abschlussbericht der Kommission für Wachstum, Beschäftigung und Strukturwandel gilt es umzusetzen.

Infrastruktur

4. Welche Ziele setzen Sie sich für die Breitband- und Mobilfunkausstattung Brandenburgs? Wie wird Brandenburg mit Ihnen ein Vorreiter in Sachen Digitalisierung

Die Weiterentwicklung zur Gigabit-Gesellschaft und der neuen 5G-Welt ist nur erfolgreich, wenn der flächendeckende Ausbau mit 4G/LTE und Glasfaser realisiert wird. Neben der Sicherstellung der Kofinanzierung des Breitbandförderprogramms des Bundes ist ein Förderprogramm für Mobilfunkmasten angeschoben worden. Dafür sollen rd. 100 Mio. € aus EFRE-Mitteln bereitgestellt werden. Darüber hinaus fordern wir vom Bund die Auflage eines Mobilfunkförderprogramms.

Digitale Kompetenz und die Gewinnung von Mitarbeiter*innen wird für die Wirtschaft immer mehr zum entscheidenden Wettbewerbsfaktor. Digitalisierte Herstellungsverfahren erhöhen Effizienz und Produktivität. In all diesen Bereichen besteht ein erhöhter Förder- und Beratungsbedarf, den wir absichern wollen. Darüber hinaus wollen wir Voraussetzungen schaffen, dass alle Bürger*innen und Unternehmen, Verwaltungsdienstleistungen digital nutzen können.

5. Die Hauptstadtregion verzeichnet ein enormes Pendlerwachstum, Mobilität ist ein Erfordernis der Zeit – was wird sich mit Ihnen im ÖPNV (z.B. mit Blick auf S-Bahn-Verlängerung, Taktungen, Verbindungen im Weiteren Metropolenraum) ändern?

Wir wollen den SPNV/ÖPNV deutlich attraktiver gestalten. Dafür wollen wir die Investitionsverabredung i2030 der Länder Berlin und Brandenburg mit der DB AG umsetzen und fortschreiben, eine Taktverdichtung des Eisenbahnregionalverkehrs insbesondere auf stark frequentierten Linien sowie ein besseres Angebot am Abend und an den Wochenenden, die Reaktivierung weiterer Eisenbahnverbindungen und die Verbesserung des grenzüberschreitenden Bahnverkehrs nach Polen. Die Kommunen müssen dabei unterstützt werden, den ÖPNV so auszubauen, dass er in kleineren und berlinferneren Gemeinden und Orten wieder erlebbar wird. Die stärkere Förderung von Straßenbahnen und O-Busse als besonders umweltfreundliche Verkehrsmittel sichern und die Machbarkeit von „Überland-Straßenbahnen“ prüfen. Mobilität für alle und das Zusammenwirken der verschiedenen Verkehrsträger soll in einem Mobilitätsgesetz geregelt werden.

6. Wie sieht Ihre Perspektive für den BER unter der Berücksichtigung der verkehrlichen Anbindung, der Gewerbeansiedlung und eines Luftverkehrsgesamtkonzeptes unter Einbeziehung der Regionalflughäfen aus?

Viele neue Arbeitsplätze entstehen bereit im Umfeld des BER. Die umliegenden Gemeinden verzeichnen einen starken Einwohnerzuwachs. Es ist daher wichtig, dass in einem übergreifenden Mobilitätskonzept diese Gewerbe- und Siedlungsflächenentwicklungen und die flughafenbezogenen Verkehre miteinander verknüpft werden. Dieses Konzept ist mit dem Dialogforum der Umlandgemeinden und Berlin und Brandenburg zu erarbeiten. Dabei sind auch, die Ergebnisse der Verkehrsstudie der IHK-Cottbus zu berücksichtigen. Die Anbindung des BER an die Schiene ist durch die Mehrbestellungen im Rahmen des Netzes Elbe-Spree sowie der schnellstmöglichen Inbetriebnahme der Dresdner Bahn weiter zu verbessern. Auch der Busverkehr ist durch ein PlusBus-Angebot zu verstärken. Die Erhöhung der Straßenkapazitäten gilt es sorgfältig zu prüfen. Die Überarbeitung des Luftverkehrskonzeptes mit Einbeziehung der Regionalflughäfen ist geboten.

7. Wie stellen Sie sicher, dass Infrastrukturplanungen schneller geschehen und Baustellen zentral gemanagt werden?

Der Ausbau wichtiger Infrastrukturen kann nur gelingen, wenn Genehmigungs- und Gerichtsverfahren beschleunigt werden und gleichzeitig die Bürgerbeteiligung gestärkt wird. Bürgerbeteiligung, die auch über das Ob und nicht nur das Wie einer Planung diskutieren lässt, stärkt Transparenz und Vertrauen in partizipativer Planung und führt zu größerer Akzeptanz. Mit mehr zeitlichem Einsatz im frühen Stadium werden Widerstände abgebaut, Planungen besser und letztlich auch schneller umgesetzt. Erfahrungen aus dem Energiebereich zeigen, dass die Einbeziehung von Projektmanagern zu einer Straffung des Genehmigungsverfahrens führen können. Dieser soll behördliche Verfahrensschritte vorbereiten und durchführen, nicht aber an den eigentlichen Entscheidungen mitwirken. Gute Vorbereitung und geschicktes Verfahrensmanagement können Genehmigungsverfahren effizient gestalten und die Risiken späterer Klagen reduzieren.

Industrie

8. Was sind die Kernpunkte Ihres Industrieprogramms unter Berücksichtigung der Themen Internationalisierung, Förderung, Akzeptanz und wirtschaftsfreundliche Verwaltung?

Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für industrielle Produktion und Wertschöpfung in Brandenburg sind für uns wichtige Elemente einer nachhaltigen Industriepolitik. Dabei setzen wir auf die Stärkung des Innovationssystems für die brandenburgische Industrie und dem Ausschöpfen der Potenziale der Digitalisierung zur Erhöhung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit. Beratungs- und Unterstützungsangebote für Unternehmen wie das „Innovationszentrum Moderne Industrie Brandenburg“, das „Mittelstand 4.0-Kompetenzzentrum“ sowie die Anlauf- und Beratungsstelle „Digitalwerk-Zentrum für Digitalisierung im Handwerk und Mittelstand“ wollen wir weiter zielgerichtet ausbauen. Ohne Akzeptanz sind Industrieansiedlungen und Infrastrukturvorhaben nicht umsetzbar. Wir setzen deshalb auf transparente Verfahren, Mitsprache und frühzeitige Beteiligung.

9. Wie werden Sie Innovation und Technologietransfer in Brandenburg stimulieren, für mehr Gründungen/Start-ups und Nachfolgen sorgen?

Innovative Gründungen müssen durch die Institutionen der Wirtschaftsförderung bei der Finanzierung und durch flächendeckende Gründungszentren und bei der Netzwerkbildung unterstützt werden. In der Unternehmensfrühphase wollen wir durch gezielte Unterstützungsmaßnahmen eine Verbesserung erreichen. Dazu gehört zum einen der weitere Einsatz und Ausbau von innovativen Finanzierungsinstrumenten zur Verbesserung der Eigenkapitalsituation von technologieorientierten KMU, wie z.B. der Beteiligungsfonds Brandenburg. Innovative Startups wollen wir auch über die Gründungsphase hinaus unterstützen.

Die von uns eingeführte Meistergründungsprämie ist ein Instrument zur Sicherung von Unternehmensnachfolgen und Neugründungen im Handwerk. Auch der Meisterbonus ist ein erster wichtiger Schritt bei der Gleichstellung von beruflicher und akademischer Bildung, den es in der kommenden Wahlperiode auszubauen gilt.

10. Wie werden Sie für die Sicherung genügender Industrie- und Gewerbeflächen auch in Zukunft sorgen?

Aufgrund der anhaltenden Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Gewerbeflächen und der verstärkten Tendenz zur Verlagerung von Unternehmenssitzen aus Berlin nach Brandenburg müssen

die vorhandenen Flächen analysiert werden. Auf Grundlage dieser Analyse gilt es dann ein Entwicklungskonzept für das Land Brandenburg, welches mit den regionalen und lokalen Partnern eng abzustimmen ist, zu erarbeiten. Denn die Zuständigkeit für eine nachhaltige Gewerbeflächenentwicklung liegt zuerst bei den jeweiligen Gemeinden im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit. Ein Gewerbeflächenkonzept muss einen Maßnahmenkatalog mit Handlungsempfehlungen für die Gewerbe-, Industrie- und Büroflächen enthalten. Auch ein Flächenkataster sowie ein Vorschlag für ein Standortinformationssystem, das die Möglichkeit bietet, die aktuelle Entwicklung der Rahmenbedingungen und Standortfaktoren wiederzugeben, gehören für uns dazu.

Fachkräfte

11. Was unternehmen Sie zur Aufwertung der dualen Ausbildung gegenüber der akademischen? Welche Rolle messen Sie der Berufsorientierung bei?

Wir wollen die duale Ausbildung weiter stärken. Dazu gehören für uns die Berufsausbildung mit Abitur zu etablieren, einen Berufsschulpakt im Land Brandenburg aufzulegen, den Zugang zu einer Zweitausbildung beziehungsweise einer Erstausbildung nach dem 30. Lebensjahr zu vereinfachen und einen grundständigen Ausbildungsgang für Berufsschullehrer*innen an der BTU Cottbus-Senftenberg einzurichten. Darüber hinaus wollen wir die Berufs- und Studienorientierung sowie die Berufsvorbereitung weiter verbessern und die Jugendberufsagenturen stärken. Erfolgreiche Ansätze zur Sicherung und Verbesserung der Ausbildungsqualität insbesondere in den kleinen und mittleren Betrieben sind die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung, die Ausbildungsnetzwerke, wie z.B. Schule und Wirtschaft, die überbetriebliche Ausbildung in der Landwirtschaft sowie die Verbundausbildung fortzuführen.

12. Wie werden Sie die Fachkräftezuwanderung zielgerichtet und rechtssicher für die Unternehmen gestalten?

Integration ist für uns auch Integration in Ausbildung und Arbeit. Oftmals scheitern die Arbeitsaufnahme bzw. die Aufnahme einer Berufsausbildung an nicht erteilten Arbeitsgenehmigungen. Wir wollen uns dafür weiter einsetzen, dass die kommunalen Ausländerbehörden in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft alle Spielräume zur Erteilung von Arbeitsgenehmigungen ausnutzen. Wichtig ist auch, dass Arbeitgeber*innen die Sicherheit haben müssen, dass die Arbeitskräfte und Auszubildenden, die sie einstellen, eine klare Bleibeperspektive erhalten. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass bei der Erteilung von Duldungen die Integration in das Arbeitsleben stärker berücksichtigt wird. Das Instrument der Ausbildungsduldung gilt es landesweit einheitlich einzusetzen. Ausbildungsduldung darf nicht an fehlenden Papieren scheitern. Gleichzeitig ist deren Erteilung auf berufsvorbereitende Maßnahmen auszuweiten.

13. Das Azubiticket fördert die Mobilität von Jugendlichen, benachteiligt allerdings jene in verkehrlich schlecht erschlossenen Regionen. Wird es mit Ihnen die nächste Stufe, eine individuelle Mobilitätszulage geben, die auch in ÖPNV-unterversorgten Gebieten hilft?

Mit dem zum neuen Ausbildungsjahr am 01. August 2019 startenden Azubiticket für 365 € haben wir ein günstiges Angebot zur ÖPNV Nutzung im Tarifgebiet des Verkehrsverbunds Berlin-Brandenburg (VBB) geschaffen. Zusätzlich planen wir, Auszubildende mit einem Mobilitätszuschuss in Höhe von 50 Euro monatlich zu unterstützen.

Finanz- und Förderpolitik

14. Die Förderlandschaft wird in der Legislatur neu aufgestellt – wie werden Sie Brandenburgs diesbezügliche Interessen z.B. bei der EU (ESI-Fonds) und beim Bund (GRW) durchsetzen?

EU- und GRW-Fördermittel bleiben für uns von zentraler Bedeutung. Um dem im Grundgesetz verankerten Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen, näher zu kommen, benötigen wir weiterhin substanzielle Unterstützung aus den EU-Fonds und vom Bund. Regionale Unterschiede und soziale Ungleichheiten sind dabei längst nicht mehr nur ein Ost-West-Problem. Deshalb werden wir uns beim Bund für einen Solidarpakt III für strukturschwache Regionen in Ost und West einsetzen. Um die Brandenburger Interessen noch besser auf EU-Ebene vertreten zu können, wollen wir die Präsenz auf europäischer Ebene weiterhin verstärken und ausbauen. Generell wollen wir die Instrumente der Wirtschaftsförderung stärker an soziale, beschäftigungs- und innovationspolitische Kriterien binden und die Kofinanzierung der Fördermittel auf Landesebene sicherstellen. Wir werden die Einführung von Regionalbudgets prüfen.

15. Für welches Konzept zur Neuregelung der Grundsteuer plädieren Sie? Welche Auswirkungen sehen Sie für die Unternehmen?

DIE LINKE will die Grundsteuer als originäre kommunale Einnahmequelle erhalten. Sie ist eine der Hauptfinanzierungsquellen unserer Gemeinden. Deshalb gilt es sie unbedingt zu erhalten und sozial gerecht auszugestalten. Ein wertorientierter Ansatz bei der Erhebung der Grundsteuer stellt aus unserer Sicht einen Beitrag zu mehr Steuergerechtigkeit dar. Deshalb setzen wir uns weiterhin für ein modifiziertes wertabhängiges Modell und für eine bundeseinheitliche und aufkommensneutrale Reform der Grundsteuer ein. Darüber hinaus wollen wir die Umlagefähigkeit der Grundsteuer auf die Mieterinnen und Mieter einschränken, kommunale Wohnungsgesellschaften, Wohnungsgenossenschaften und anderen gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen von der Grundsteuer befreit werden können und dass mittels weiterer Maßnahmen sich die Bedingungen für einen kommunalen und sozialen Wohnungsbau verbessern.

16. Wie sieht Ihr künftiges Investitionsprogramm des Landes aus?

Das von uns im Jahr 2015 initiierte Kommunale Investitionsprogramm zur Förderung der Bildungs-, Verkehrs-, Feuerwehr- sowie der Freizeit- und Sportinfrastruktur in den Kommunen hat sich bewährt und deshalb wollen wir es fortführen. Investitionen in digitale Infrastruktur, Stadtentwicklung, Wohnungsbau, insbesondere öffentlich-sozialen und allgemein in die Zukunftsfähigkeit Brandenburgs werden wir weiter sicherstellen.